

Regierungsratsbeschluss

vom 2. Februar 2016

Nr. 2016/176

Vernehmlassung zur Revision der Verordnungen im Strahlenschutz Schreiben an das Bundesamt für Gesundheit, Bern

1. Erwägungen

Mit Schreiben vom 14. Oktober 2015 gelangt das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) an die Kantonsregierungen und ersucht um eine Stellungnahme zu den revidierten Verordnungen im Strahlenschutz. Im Rahmen eines verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahrens haben sich das Departement des Innern (Gesundheitsamt), das Volkswirtschaftsdepartement (Solothurnische Gebäudeversicherung) und das Bau- und Justizdepartement (Amt für Umwelt) zu den revidierten Verordnungen geäußert.

2. Beschluss

Auf Antrag des Bau- und Justizdepartementes wird die Stellungnahme zur Revision der Verordnungen im Strahlenschutz beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Gesundheit vom 2. Februar 2016

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Amt für Umwelt (HPB, wf, mh) (3)
Volkswirtschaftsdepartement
Solothurnische Gebäudeversicherung
Departement des Innern
Gesundheitsamt
Medien (jae)